

11 Millionen Haushalten in Deutschland droht Altersarmut

Der Versicherer-Gesamtverband GDV fordert einen Ausbau der Förderung von Geringverdienern bei der Altersvorsorge. Hintergrund ist eine aktuelle Studie, die das Forschungsinstitut Prognos im Auftrag des GDV vorgelegt hat. Ein Kernergebnis lautet: Auch bei großer Sparbereitschaft haben elf Millionen Haushalte hierzulande nicht genug Geld für eine private Vorsorge übrig. „In vier von zehn Haushalten mit Personen im Erwerbsalter ist der finanzielle Spielraum selbst dann zu klein, wenn sie ihr monatlich frei verfügbares Geld vollständig für die Altersvorsorge einsetzen würden“, führt Prognos-Studienleiter Oliver Ehrentraut aus.

Verschärfend kommt derzeit die hohe Inflation hinzu, die einkommenschwache Haushalte besonders trifft. Diese mussten im April eine Konsumausgabensteigerung von 7,8 Prozent verkraften, während es im Durchschnitt aller Haushalte 5,7 Prozent waren. GDV-Hauptgeschäftsführer Jörg Asmussen plädiert angesichts dieser Studienergebnisse für eine Reform des Fördersystems: „Eine Erhöhung der Zulagen ist nötig.“ Unabhängig davon kann eine neutrale, professionelle Finanzberatung schon heute dabei helfen, Sparpotenziale auszuloten und die vorhandenen Mittel möglichst lukrativ für die private Altersvorsorge zu nutzen.

Trendumkehr bei den Immobilienpreisen?

Bekanntermaßen hat auch die Pandemie den Preisanstieg bei Immobilien nicht bremsen können. Dennoch ist klar, dass irgendwann eine (Schmerz-)Grenze erreicht sein muss, ab der die Objekte unverkäuflich werden. Eine aktuelle Studie eines großen Immobilienportals legt nun nahe, dass dieser Punkt in vielen Städten erreicht sein könnte.

Für die Bankenmetropole Frankfurt am Main rechnen die Marktexperten sogar mit einem Minus von 5 Prozent zwischen April und Dezember 2022. Leipzig könnte einen Preisrückgang von 4 Prozent, die Bundeshauptstadt von 3 Prozent erleben. Nach unten zeigt die Kurve gemäß Studie auch in Nürnberg (-2 Prozent), Stuttgart und Dortmund (jeweils -1 Prozent). Für Dresden, Düsseldorf, Essen und Köln wird ein konstantes Kaufpreisniveau erwartet.

Die gebeutelten Kaufinteressenten in München, die häufig fünfstelligen Quadratmeterpreise aufbringen müssen, können laut der Prognose nur bedingt aufatmen: Das Preiswachstum soll sich dort auf 1 Prozent verlangsamen. Weiterhin und noch stärker aufwärts geht es in Hannover (3 Prozent) und Hamburg (2 Prozent).

Lebensversicherer legen Schippe drauf

Rund 85 Milliarden Euro haben die deutschen Lebensversicherer 2021 an ihre Versicherten überwiesen. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet das ein Plus von 2,3 Prozent. Das Gros entfiel mit 47,7 Milliarden Euro auf Kapitalauszahlungen, knapp 9 Milliarden flossen als laufende Renten. Die verbleibenden rund 28 Milliarden Euro setzten sich unter anderem aus (vorzeitigen) Rückkäufen und aus Leistungen von Zusatzversicherungen zusammen.

Gewachsen sind auch die Leistungsverpflichtungen, also gewissermaßen das „Sparguthaben“ der Kunden bei ihren Versicherern. Es legte um 5,2 Prozent auf nunmehr fast 1,18 Billionen Euro zu. Vor allem die fondsgebundenen Produkte haben erfreulich performt: Nach einem Plus von über 23 Prozent betragen ihre Deckungsrückstellungen Ende des vergangenen Jahres gut 173 Milliarden Euro.

Positiv wirkt sich in diesem Zusammenhang aus, dass die Lebensversicherungs-Stornoquote nicht – wie vielfach befürchtet – im Zuge der Corona-bedingten wirtschaftlichen Turbulenzen nach oben geschneit ist. Stattdessen blieb sie mit 2,57 Prozent (Vorjahr: 2,55) sehr überschaubar.

Immobilien und Gold gegen die Inflation?

Zeiten der Inflation sind Zeiten der Sachwerte. Das bestätigt auch eine im Juni von einer großen Fondsgesellschaft durchgeführte Umfrage unter 1.000 Bundesbürgern. Drei Viertel von ihnen halten Immobilien für die inflationssichersten Assets. Es folgen Gold mit 61, Investmentfonds mit 36 sowie Aktien und Rohstoffe mit jeweils 34 Prozent. Überraschendes Ergebnis: 7 Prozent der Befragten stufen das Sparguthaben als inflationssichere Anlageform ein, was für eine eigenwillige Interpretation von Finanzmathematik spricht.

Dass eine Umschichtung im Portfolio als Reaktion auf die enorme Preissteigerung erforderlich sei, glauben indes nur 15 Prozent der Umfrageteilnehmer. Zwei Drittel wollen keine Änderung vornehmen, 14 Prozent ziehen eine in Erwägung. Und das, obwohl mit 98 Prozent Zustimmung quasi Einigkeit darüber herrscht, dass die Inflation sich auch im zweiten Halbjahr weiter deutlich bemerkbar machen wird. Auffallend ist gegenüber der Vorgängerstudie, dass Aktienbesitzer sich deutlich gelassener geben: 62 Prozent von ihnen wollen eine Baisse grundsätzlich aussitzen, was zuvor nur 45 Prozent angegeben hatten.

Negativ-Trend bei Riester setzt sich fort

Die Riester-Rente verliert immer mehr an Zugkraft. Wie das Bundesministerium für Arbeit und Soziales mitteilte, sank die Gesamtzahl der Riester-Verträge (Versicherungen, Banksparguthaben, Investmentfondsverträge, Wohn-Riester/Eigenheimrente) im ersten Quartal dieses Jahres auf 16,157 Millionen. Mit dem Rückgang um rund 54.000 setzt sich ein jahrelanger Trend fort; vor fünf Jahren standen noch rund 450.000 Verträge mehr zu Buche.

Ohne eine Reform spricht nichts für eine baldige Wende zum Besseren, auch wenn sich das Riestern insbesondere für Familien mit Kindern, Alleinerziehende und Menschen mit geringem Einkommen nach wie vor kräftig auszahlen kann. Das Produktangebot ist zuletzt deutlich geschrumpft. Für die Anbieter lohnt sich das Geschäft wegen der harten Beitragsgarantien in einer Niedrigzinsphase kaum noch. Zudem hat die Nachfrage stark nachgelassen, da die Riester-Rente mittlerweile ein gravierendes Imageproblem hat. Ideen für eine grundlegende Neuausrichtung kursieren im politischen Berlin seit Längerem, doch konkrete Vorhaben hat die Ampelregierung bisher nicht angekündigt.

Immobilienkäufer bringen im Schnitt 190.000 Euro Eigenkapital auf

2016 reichten den Kaufinteressenten in Deutschland noch durchschnittlich 90.000 Euro an Eigenkapital, um den beabsichtigten Erwerb stemmen zu können. Diese Summe hat sich bis heute auf 190.000 Euro mehr als verdoppelt, wie der „Marktkompass Baufinanzierung“ errechnet hat. Für diesen wurden rund 20.000 Finanzierungsanfragen ausgewertet und zusätzlich circa 2.000 Online-Interviews geführt.

Für die Kaufwilligen treffen zwei ungünstige Umstände zusammen: zum einen die immens gestiegenen Kauf- und Baupreise, zum anderen das Ende der Niedrigzinsära, die bis vor Kurzem noch für Billigstfinanzierungen sorgte. Die Studienautoren prognostizieren, dass der Zinssatz für zehnjährige Immobiliendarlehen bis zum Jahresende die 4-Prozent-Marke knackt. Der Anstieg macht sich bereits in den Tilgungsraten bemerkbar: Von 4,2 Prozent (2018) ist die durchschnittliche Tilgung auf 3,4 Prozent gesunken. Entsprechend werden Kreditlaufzeiten von über 30 Jahren deutlich häufiger angefragt. Angesichts der enormen Werte empfiehlt es sich, vor Abschluss einer Immobilienfinanzierung eine professionelle Beratung in Anspruch zu nehmen.

Flutkatastrophe „Bernd“: Drei von vier Schäden abschließend reguliert

Die verheerenden Fluten, die im Juli letzten Jahres Teile von Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen heimgesucht haben, bedeuteten auch für die Versicherer eine Mammutaufgabe. Schließlich galt es, möglichst schnell und unbürokratisch Hilfe zu leisten, und das bei weit über 200.000 in kurzer Zeit gemeldeten Schadensfällen.

„Wir hatten gleich in den ersten Wochen aus ganz Deutschland 16.000 interne und rund 2.500 externe Kräfte wie Gutachter im Einsatz und konnten so schnell helfen: finanziell, psychologisch und praktisch. Die Hochwasserkatastrophe hat für besonders viele, besonders teure und besonders komplexe Schäden gesorgt“, blickt Sabine Krummenerl vom Versichererverband GDV zurück. Rund 91.000 Versicherungsfälle betrafen Wohngebäude, 54.000 Hausrat, 40.000 Kfz und 28.000 Betriebsunterbrechungen und Sachschäden bei Unternehmen.

In einer ersten Bilanz teilte der GDV kürzlich mit, dass circa drei Viertel der Schadensfälle abschließend reguliert wurden. Bei dem Viertel, das wegen laufender Instandsetzungsarbeiten noch nicht abgeschlossen werden konnte, wurde der Schaden vielfach schon teilweise ersetzt. Bisher haben die Versicherer rund 5 Milliarden Euro ausgezahlt, mit weiteren 3,5 Milliarden wird derzeit gerechnet.

EU einigt sich auf Nachhaltigkeits-Berichterstattung der Zukunft

CSRD lautet das „magische“ Kürzel, das Anlegern künftig mehr Klarheit über die Nachhaltigkeit von Unternehmen verschaffen und Greenwashing verhindern soll. Es steht für Corporate Sustainability Reporting Directive und bezeichnet eine Richtlinie, auf die sich Rat, Kommission und Parlament der Europäischen Union kürzlich geeinigt haben. Sie verpflichtet die

Unternehmen in der EU auf die jährliche Veröffentlichung von Nachhaltigkeitsberichten, und zwar unabhängig von der jeweiligen Branche. Entscheidend ist neben der Größe lediglich, ob die Unternehmen kapitalmarktorientiert arbeiten.

Zunächst – für das Geschäftsjahr 2024 – müssen nur die als groß klassifizierten Unternehmen regelmäßig nach CSRD-Standard berichten, die auch heute schon im Rahmen des Vorgänger-Regelwerks CSR dazu angehalten sind. Ein Jahr später setzt die Pflicht für alle weiteren Großunternehmen ein, 2026 schließlich auch für die kleineren und mittelgroßen Firmen mit Kapitalmarktorientierung. In Deutschland werden am Ende rund 15.000 Unternehmen Nachhaltigkeitsberichte vorlegen müssen, europaweit sind es circa 50.000 statt wie bisher 11.700.